

## 11

dodis.ch/30947

*Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements  
an die schweizerische Botschaft in Washington<sup>1</sup>*

[Bern,] 3. Februar 1964, 15.40 Uhr

Betrifft Uhren<sup>2</sup>. Die Leiter der amerikanischen Ankeruhrenindustrie, Henschel, Sinkler und Margolies, in Begleitung der Anwälte Flick und Mickey, haben am 31. Januar, eingeführt durch den amerikanischen Botschafter Davis und seinen Handelsrat Bekker, auf der Handelsabteilung vorgesprochen. Ihre Darlegungen boten eine seltsame Mischung von Anklagen und Drohungen, Anklagen darüber, dass die schweizerische Regierung und die schweizerische Uhrenindustrie beabsichtigten, ihre Existenz zu zerstören, Drohungen in der Richtung, dass sie sich zu wehren wissen und alle Mittel einsetzen würden, um an den für März und Mai angesagten Hearings<sup>3</sup> die Sache ihrer schweizerischen Gegner zu diskreditieren. Doch sei es ihr Wunsch, so erklärten sie, im Interesse der Zusammenarbeit, die zwischen den beiden Industrien seit langem besteht, einen solchen Zusammenstoss zu vermeiden. Eine Einigung könnte ihrer Meinung nach auf folgender Grundlage gefunden werden: Die amerikanische Uhrenindustrie macht sich stark, vom Kongress die Annahme einer neuen Gesetzgebung zu erreichen, die

- a) die Uhrenherstellung auf den Virgin Islands verunmöglicht,
- b) den Uhrenschmuggel drastisch eindämmt.

Die schweizerische Regierung verständigt sich als Gegenleistung mit der amerikanischen Regierung dahin, dass jedenfalls die Hearings des Monats Mai über die Rücknahme der *escape clause*<sup>4</sup>-Aktion rückgängig gemacht werden<sup>5</sup>. Wir haben den amerikanischen Uhrenvertretern zunächst klar gemacht, dass offizieller Gesprächspartner für uns die amerikanische Regierung und nicht die amerikanische Uhrenindustrie ist. Wir liessen jedoch keinen Zweifel darüber, dass der von den fünf Herren vorgeschlagene Handel für uns nicht in Betracht kommen kann. Die Virgin Islands-Situation und der Schmuggel sind nur Symptome des wirklichen Übels, d. h. der horrenden Zölle, die im Zeitalter der Kennedy-Runde<sup>6</sup> und der allseitigen Anstrengungen für eine

1. *Telegramm Nr. 6 (Versandkopie)*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 490 (C.41.111).

2. *Vgl. auch Dok. 33*, dodis.ch/30948; *Dok. 76*, dodis.ch/30950; *Dok. 77*, dodis.ch/30957 und *Dok. 110*, dodis.ch/30954.

3. *Zu diesen Hearings die amerikanische Antitrustpolitik betreffend vgl.* E 2001(E) 1978/84 Bd. 502–503 (C.41.26).

4. *Zur «escape-clause» vgl.* DDS, *Bd. 11, Dok. 197*; DDS, *Bd. 18, Dok. 63*, dodis.ch/7803; DDS, *Bd. 19, Dok. 10*, dodis.ch/9205; *Dok. 18*, dodis.ch/9206; *Dok. 118*, dodis.ch/9215; *Dok. 136*, dodis.ch/9219 und DDS, *Bd. 22, Dok. 178*, dodis.ch/18884.

5. *Zur schweizerischen Haltung vgl.* DDS, *Bd. 22, Dok. 178*, dodis.ch/18884, *bes. Anm. 10 und Dok. 179*, dodis.ch/18885 sowie *das BR-Prot. Nr. 885 vom 5. Mai 1964*, dodis.ch/31833.

6. *Zur Kennedy-Runde vgl.* *Dok. 1*, dodis.ch/30938, *Anm. 8*.



Liberalisierung des Welthandels keine Daseinsberechtigung mehr haben. Im übrigen sprachen wir unsere Zweifel darüber aus, dass die amerikanische Regierung, selbst wenn sie es wüsste, die Mai-Hearings verschieben könnte. Sie sind von der Tariff Commission angeordnet worden, die eine unabhängige Institution ist und sich kaum in ihre Dispositionen hineinreden lassen würde. Die erwähnten fünf Herren sind im Laufe der letzten Woche auch mit sämtlichen Uhrenorganisationen zusammengetroffen. Auch von diesen wurden ihre Vorschläge abgelehnt. Ein ausführlicher Bericht folgt<sup>7</sup>.

---

7. Vgl. die Notiz an Herrn Direktor Stopper über die Vorsprache amerikanischer Uhrenindustrieller auf der Handelsabteilung vom 10. Februar 1964, E 7110(-) 1975/31 Bd. 179 (841.8).